

Jetzt erst recht: Grüne Politik

Umweltprobleme müssen wieder auf die
Tagesordnung der Bundesrepublik/VON BORIS PALMER

TÜBINGEN
Gefährlicher Sieg lautet der Titel des Buches von Heiner Geißler über Helmut Kohls letzte Wiederwahl 1994. Spätestens seit der Hessenwahl ist klar: Ein solches Buch müßte auch über die erste Regierungsteiligung der Grünen im Bund geschrieben werden.

Natürlich hatte die verheerende Wahlniederlage der Grünen in Hessen Ursachen, die auf den Augenblick und das Land begrenzt waren. Die Quittung für Personalquerelen und Skandale war verdient, und der CDU ist mit der Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft ein Manöver geglückt, das sich kaum

wiederholen läßt. Es wäre indessen fatal, wenn die Partei die Erklärung für ihre so niemals zuvor erlittenen Verluste in solchen Sondereffekten suchte. Sie muß sich vielmehr einer tiefen Doppelkrise bewußt werden.

Die akute Krise: Die ersten 100 Tage der neuen Regierung waren nur für die Grünen ein Desaster. Gerhard Schröder gelingt es - beabsichtigt oder zufällig - sogar, für seine Fehler und die der SPD ausschließlich die Grünen bezahlen zu lassen. Nicht nur bei der „großen“ und der „ökologischen“ Steuerreform hat der Juniorpartner die besseren Konzepte und bekommt dennoch die schlechteren Noten.

Teil der akuten Krise sind auch die grünen Galionsfiguren Fischer und Trittin. Joschka Fischer genießt zwar in der Öffentlichkeit hohes Ansehen, aber nur als eine von der Partei abgehobene Ausnahme. An Fischer erscheint nichts mehr grün, und deshalb profitieren die Grünen nicht von seiner Popularität. Mit Jürgen Trittin verhält es sich umgekehrt: Er wird vollkommen mit den Grünen identifiziert und reißt damit die Partei erst recht ins Stimmungstief. Ihm ist das Kunststück gelungen, aus dem grünen Thema mit der höchsten Zustimmungsrage in der Bevölkerung, dem Atomausstieg, die größten Antipathiewerte aller Minister zu ziehen.

Die strukturelle Krise: Die Themen der grünen Bewegung der achtziger Jahre — ob nun Pazifismus, Feminismus, Atomprotest oder Umweltschutz — erscheinen heute als obsolet, veraltet, nebensächlich oder selbstverständlich.

Grün ist nicht mehr populär. Die massiven Verluste der einstigen Ökopaxe bei den Jungwählern haben dies in Hessen wieder eindrucksvoll belegt. Dabei war die Konkurrenz, die auf Jugendlichkeit bedachte PDS, nicht einmal angetreten.

Neben der Vergreisung droht der Partei die Spaltung. Ein Teil der Wähler wendet sich von den Grünen ab, weil sie zuviel, ein anderer, weil sie zuwenig durchsetzen. Die einen fühlen sich von offenen Grenzen und einer offenen Gesellschaft ebenso überfordert wie von der Perspektive steigender Benzinpreise und rationierter Urlaubsflüge. Die anderen wollen den sofortigen Ausstieg aus der Kernkraft, das Ende des Eurofighters und eine ökologische Steuerreform, die ihren Namen auch verdient.

Die SPD hat bereits vernehmen lassen, wie sie auf die Krise der Grünen reagieren will: als SPD pur. Dem Koalitionspartner rät Schröder zu mehr Fischer und weniger Trittin. Die Grünen müssen darauf eine bessere Antwort als neue Flügelkämpfe finden. Gegen die akute Krise hilft vor allem Ehrlichkeit. Beschönigungen werden von grünen Wählern nicht goutiert. Im Zweifel müssen die Kreis- und Ortsverbände grüne Positionen auch gegen die eigene Regierung vertreten. Die Bundestagsfraktion hat die Aufgabe, den Schröder-Spieß umzudrehen, sie muß die SPD in Haftung nehmen, wenn sie bremst, und die tatsächlich erzielten grünen Erfolge selbstbewußt vermarkten.

Die Grünen müssen ihre Themen wieder auf der Tagesordnung plazieren und neue besetzen. Von einer Rückkehr des Umweltschutzes auf die höchste Stufe der politischen und gesellschaftlichen Prioritätenskala hängt dabei mehr als nur das Überleben der Grünen ab. Scheitert der ökologische Umbau der Industriegesellschaft in Deutschland, dürfte er weltweit für entscheidende Jahre aufgeschoben sein. Hessen kam daher vielleicht gerade noch rechtzeitig, um ein Buch mit dem Titel *Rettende Niederlage* zu inspirieren.

- Boris Palmer, Student der Mathematik und Geschichte, ist Mitglied des Kreisvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen in Tübingen.